

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

12 Prozent weniger für Entwicklungshilfe

Bern (AP) Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz hat 1993 mit 1,22 Milliarden Franken rund zwölf Prozent unter dem Vorjahresstand gelegen. Bezüglich des Engagements in Ruanda betonte der DEH-Direktor am Dienstag anlässlich der Präsentation des Jahresberichts von DEH und BAWI, die vor Ausbruch des Bürgerkriegs geleistete Arbeit dürfe nicht als Misserfolg betrachtet werden.

Von den 1,22 Milliarden Franken flossen gemäss den provisorischen Angaben im Jahresbericht der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) und des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI) 42 Prozent in die technische Zusammenarbeit.

Ozon-Risiko für Vegetation bekräftigt

Bern (AP) Die Ozon-Belastungsgrenzen für den Schweizer Wald und die landwirtschaftliche Kulturpflanzen werden gemäss neuen Auswertungsmethoden durch den Sommer um ein Mehrfaches überschritten. Je nach Ausmass müsse bei den Pflanzen mit mehr oder weniger starken Beeinträchtigungen des Wachstums und der Ernte gerechnet werden, teilte das BUWAL am Dienstag mit.

Gegen Ausbauperbot für die N9 im Wallis

Bern (AP) Auch die vorbereitende Kommission des Nationalrates will dem Ausbau der N9 im Wallis keinen Riegel schieben. Sie beantragt aber, die vom Ausbauperbot betroffenen Strassenabschnitte namentlich im Gesetz festzuschreiben, und kommt damit den Forderungen der Urheber der Alpen-Initiative ein Stück weit entgegen.

Caritas: Neue Strategie der Entwicklungshilfe

Lausanne (AP) Caritas prüft eine neue Strategie in der Entwicklungshilfe. So könnten Hilfsprojekte durch Sponsoren finanziert werden, wie Caritas-Direktor Jürg Krummenacher an einer Pressekonferenz am Dienstag in Lausanne sagte. 1993 hat das Hilfswerk in 72 Ländern 457 Projekte unterstützt.

Der gesamte Umsatz von Caritas belief sich im vergangenen Jahr auf 125,5 Millionen Franken, 13 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Rund die Hälfte davon wurden im Bereich der Migration eingesetzt. Dabei ging es vor allem um die Berberbergung von Asylbewerbern.

Tageszeitungen stossen in neue Bereiche vor

Zürich/Bern (AP) Zwei Schweizer Tageszeitungen haben neue Projekte ausserhalb des Printbereichs präsentiert. Die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) wird künftig auf CD-ROM erhältlich sein; der Berner «Bund» und das Lokalradio «Förderband» lancieren ein telefonisches Informationssystem.

Die erste CD-ROM-Ausgabe der NZZ wird den gesamten Jahrgang 1993 umfassen, und zwar die Texte sämtlicher Ressorts, Beilagen und Sonderbeilagen. Nicht gespeichert sind die Börsenkurse, die Bilder und die Inserate. Der Jahrgang 1994 soll halbjährlich aufdatiert werden; ab 1995 sind vierteljährliche Updates geplant. Wie auf Anfrage weiter zu erfahren war, wird der 93er Jahrgang für einen Preis von 990 Franken angeboten.

Zusammenarbeit bei den europäischen Forschungsprogrammen

Abschluss des kurzen Arbeitsbesuchs von Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel in Wien

(G.M.) - In ausgezeichnete Atmosphäre und auf freundschaftlicher Basis verlief der Besuch von Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel beim österreichischen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky in Wien. Mit diesen Worten charakterisierte Regierungschef-Stellvertreter Büchel die kurze Visite in der österreichischen Hauptstadt am Dienstag. Während er gestern abend wieder zurückreiste, wird Regierungschef Dr. Mario Frick heute Mittwoch am Juristentag teilnehmen und den aus Brüssel anreisenden Aussenminister Dr. Alois Mock zu einem Gespräch treffen.

Das Thema Europa stand beim Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky und Vizekanzler Dr. Erhard Busek im Vordergrund, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel auf Anfrage. In beiden Staaten stehen wichtige Entscheidungen bevor: Österreich bereitet sich auf die Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union (EU) vor, während Liechtenstein auf eine Antwort aus Brüssel auf die vorgelegte Lösungsplattform zum EWR-Beitritt und zur Beibehaltung der Zoll- und Regionalunion mit der Schweiz wartet.

Die bilateralen Fragen wurden nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel nur am Rande angesprochen, weil es zwischen Österreich und Liechtenstein derzeit keine offenen Fragen gibt. Aufkommende Probleme werden seit Jahren unbürokratisch in freundschaftlichem Verhältnis geregelt. Insbesondere im Bildungs- und Justizbereich ist die Hilfeleistung Österreichs für die Studienmöglichkeit liech-



Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel trafen gestern in Wien mit Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky (Bildmitte) zu einem Meinungsaustausch zusammen. Im Arbeitsgespräch dreht sich die aufgeworfenen Probleme vor allem um europäische Fragen. (Bild: AP)

tensteinischer Studenten bzw. für die Unterbringung von Häftlingen in österreichischen Vollzugsanstalten grosszügig ausgebaut worden.

Die aktuellen Europa-Fragen drehen sich nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel um die EU-Position Österreichs sowie um die künftige Europa-Politik Liechtensteins und der Schweiz. Angesprochen wurde nach seinen Angaben auch die Frage nach der Zukunft der Rest-EFTA-Staa-

ten, wenn nach dem EU-Beitritt Österreichs, Finnlands, Schwedens und Norwegens nur noch Island und Liechtenstein als EWR-Staaten übrig bleiben. Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky sicherte der liechtensteinischen Delegation auch in dieser Hinsicht die Unterstützung Österreichs zu.

Im Gespräch mit Vizekanzler Dr. Erhard Busek konnte sich Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der

Fachhochschulen besprechen. Vizekanzler Busek sicherte auch in diesem Bereich eine weitgehende Zusammenarbeit zu, insbesondere auf dem Gebiete der Bildungs- und Forschungsprogramme der Europäischen Union. Für Liechtenstein ist diese Teilnahme an diesen Programmen, obwohl derzeit noch nicht EWR-Mitgliedstaat, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Büchel, von enormer Bedeutung.

Ist Liechtenstein bis Ende Jahr Vollmitglied im EWR?

Tagung des EWR-Rates in Brüssel - Würdigung des politischen Willens Liechtensteins, am EWR teilzunehmen - von Hilmar Gernet, Brüssel

Liechtenstein soll noch vor Ende des Jahres Mitglied des EWR werden können. Diese Absicht bekräftigte gestern der EWR-Rat an seiner ersten Sitzung in Brüssel. Der Vorsitzende der Europäischen Union (EU), Theodoros Pangalos, meinte, dass nach einem Beitritt der EWR-Mitglieder Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen zur EU der EWR für Island und Liechtenstein aufrecht erhalten werden soll.

Das politische Leitungsgremium des EWR, der EWR-Rat, hat an seiner ersten Sitzung eine positive Bilanz über die Startphase des EWR gezogen. Der finnische Aussenhandelsminister Salonen, als Sprecher der EFTA, bezeichnete den EWR als gute Vorstufe für jene EFTA-Staaten, die der EU beitreten wollen. Er zeigte auch die Bereitschaft, den EWR bis Ende Jahr funktionstüchtig erhalten zu wollen.

Liechtenstein und Island allein?

Wie es danach weitergeht, ist noch offen. Vor allem wenn die vier EWR-Mit-

glieder Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen der EU beitreten sollten, stellt sich die Frage nach der Zukunft des EWR. Kann er alleine für Island und Liechtenstein aufrecht erhalten werden? Während der Vorsitzende der EU, Pangalos, meinte, der EWR sollte alleine für Island erhalten werden, sagte der deutsche Staatssekretär Jürgen Trumpf: «Es handelt sich im wesentlichen um eine Veranstaltung, die noch in diesem Jahr läuft.» Beim nächsten, dem zweiten und möglicherweise letzten EWR-Rat soll denn auch «das Funktionieren und die Entwicklung des EWR im Lichte der Erweiterung der EU» erörtert werden, wie es im Schlussdokument heisst.

Bilateraler EWR

Während des Mittagessens des EWR-Rates hatte Regierungsrätin Andrea Willi, Leiterin der Delegation Liechtensteins, Gelegenheit, den EU- und EFTA-Ministern die liechtensteinische Position darzustellen und für die Unterstützung zu danken. Dabei habe sie viel Verständ-

nis erfahren. «Wir sind weiterhin willkommen», zog sie am Ende des Arbeitstages Bilanz. Zu den Perspektiven des EWR mochte sich die Delegationsleiterin nicht festlegen lassen. Aus liechtensteinischer Sicht habe der EWR einen Wert in sich, auch wenn er sich selbst verändere, erklärte sie gegenüber unserer Zeitung.

Prinz Nikolaus von Liechtenstein, EWR-Chefunterhändler und Botschafter Liechtensteins in der Schweiz, zeigte sich gestern in Brüssel trotz der ungewissen EWR-Zukunft zuversichtlich. Er hoffe, dass nach einem Beitritt der vier EWR-Länder zur EU, für Liechtenstein ein «Interimistischer, bilateraler EWR» realisiert werden könne, erläuterte er. Zudem wies er darauf hin, dass auch der EU-Beitritt in Liechtenstein breit diskutiert werde.

Im Schlussdokument des EWR-Rates ist ein Punkt Liechtenstein gewidmet. Darin wird der politische Wille des Volkes und der Regierung gewürdigt, am EWR teilzunehmen. Weiter bekräfti-

ten alle Parteien ihren Willen, «ihr möglichstes zu tun, um sicherzustellen, dass Liechtenstein vor «Jahresende Mitglied des EWR werden kann.»

Lösung mit der Schweiz

Die Probleme zwischen der Schweiz und Liechtenstein bei der Anpassung des Zollvertrages sind gelöst. «Jetzt muss nur noch Brüssel das Verhandlungsergebnis akzeptieren», sagte Aussenministerin Andrea Willi. Die Anpassungen waren notwendig geworden, weil Liechtenstein, im Gegensatz zur Schweiz, in einer Volksabstimmung den Beitritt zum EWR befürwortet hatte. Das Verhandlungsergebnis zwischen Liechtenstein und der Schweiz habe in Brüssel «positive Echos» ausgelöst, meinte Andrea Willi. Zu den Resultaten in einzelnen Verhandlungsbereichen (Ursprungsregelung, Veterinär- und Lebensmittelrecht) zwischen der Schweiz und Liechtenstein gebe es in Brüssel noch Verständnisfragen, aber eigentlich keine Differenzen mehr.

Gesetz über Handelshemmnisse

Schweizerisches Gesetz soll schon im Juni in die Vernehmlassung gehen

Bern (AP) Der Entwurf für das schweizerische Gesetz über technische Handelshemmnisse geht voraussichtlich im Juni in die Vernehmlassung. Der zu den Revitalisierungsmassnahmen gehörende Erlass hat grosse Bedeutung für die Schaffung des Binnenmarktes Schweiz, wie Bundesrat Delamuraz am Dienstag in Bern sagte.

Der Chef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD), Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, unterstrich an der Generalversammlung zum 75jährigen Bestehen der Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV) deren Bedeutung bei der Beseitigung techni-

scher Handelshemmnisse. Er erinnerte daran, dass der Bundesrat im Februar 1993 ein Paket von Massnahmen verabschiedet hat, um die Rahmenbedingungen des Binnenmarktes Schweiz zu verbessern. Neben der Revision des Kartellgesetzes und der Schaffung eines Binnenmarktgesetzes enthalte das Programm verschiedene Massnahmen zur Vermeidung technischer Handelshemmnisse. Bis Ende dieses Jahres solle ein grosser Teil der schweizerischen Produktvorschriften an diejenigen der Europäischen Union (EU) angeglichen sein, um den Warenverkehr mit dem Ausland zu erleichtern, sagte Delamuraz.

Verhandlungsmandate für Schweiz

EU gibt grünes Licht für Verhandlungen ohne Verkehr

Brüssel/Bern (AP) Die EU will mit der Schweiz zwar noch nicht über den Verkehr verhandeln, hat aber am Dienstag grünes Licht für die Ausarbeitung von Verhandlungsmandaten in anderen Sparten gegeben. Das Integrationsbüro in Bern begrüsste den Entscheid und will die von der Union geäusserten Bedenken wegen der Alpen-Initiative ausräumen.

Der Aussenministerrat der Europäischen Union (EU) wies am Dienstag die zuständigen Kommissionen an, die Arbeiten zur Vorbereitung von EU-Verhandlungspositionen in «vorrangigen Bereichen» weiter voranzutreiben. Es sind

dies die Bereiche Forschung, Personenverkehr, Marktzugang für Agrarprodukte, technische Handelshemmnisse und Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Die Aufnahme der Verhandlungen werde dann «zu gegebenem Zeitpunkt» erfolgen, heisst es in dem Ratsdokument. Vorerst wird der Ministerrat über die jeweiligen Kommissionsvorschläge zu entscheiden haben. Damit habe sich in der Union «der kleinste gemeinsame Nenner durchgesetzt», erläuterte der deutsche Staatssekretär Jürgen Trumpf vor Journalisten. Die italienische Regierung etwa dränge «nicht in gleicher Weise auf Ergebnisse» wie die deutsche Regierung.